

ANTRÄGE

1) SeniorInnenreferat

GRin. **Gesek** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich stelle namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den Antrag, die Stadt Graz möge das Seniorinnen- und Seniorenreferat aus dem Sozialamt herauslösen und entweder in das Amt für Jugend und Familie oder in die Magistratsdirektion eingliedern, es ist dies ein Wunsch der ehrenamtlich Tätigen, weil sie der Meinung sind, dass die Senioren keine Sozialfälle sind (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Von einer beträchtlichen Anzahl für das SeniorenInnenreferat tätigen Ehrenamtlichen ist in letzter Zeit mehrmals der Wunsch geäußert worden, das SeniorenInnenreferat aus dem Sozialamt herauszulösen und entweder in das Amt für Jugend und Familie oder in die Magistratsdirektion einzugliedern.

Die SeniorenInnen fühlen sich immer wieder diskriminiert, weil sie sich als Sozialfall eingestuft fühlen, wenn sie mit dem für sie zuständigen Amt, dem Sozialamt, in Kontakt treten. Es entsteht dadurch eine Hemmschwelle bei der Inanspruchnahme von Angeboten für SeniorInnen.

Sie werden insbesondere von der Annahme von Angeboten abgehalten, die geeignet sind ihre Mobilität in körperlicher als auch geistiger Hinsicht zu erhalten um damit allenfalls auch eine Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuschieben.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

die Stadt Graz möge das SeniorInnenreferat aus dem Sozialamt herauslösen und entweder in das Amt für Jugend und Familie oder in die Magistratsdirektion eingliedern.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Maßnahmen zur demokratischen Stärkung von Menschen mit geistiger Behinderung

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Das Sozialamt der Stadt Graz wird ersucht, Maßnahmen zur demokratischen Stärkung von Menschen mit geistiger Behinderung zu prüfen und eine Umsetzung zu veranlassen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Verfassungsrechtler Mayer stellte in einer Report-Sendung zum Thema „Wien Wahl“ das Wahlrecht von Menschen mit geistiger Behinderung in Frage. Er bezieht sich auf die Möglichkeit des Missbrauchs durch Manipulation.

Ich war entsetzt, dass diese Aussage von der bundesweiten Sozialpolitik unkommentiert blieb. Beeindruckt war ich von der raschen unmissverständlichen Stellungnahme von unserer neuen Sozialstadträtin.

Eine Diskussion über das hohe Risiko des Missbrauchs durch Manipulation von Menschen mit einer geistigen Behinderung kann ich verstehen und nachvollziehen, die Lösung – hier einfach einer großen wichtigen Gruppe unserer Gesellschaft das Wahlrecht zu entziehen, wäre aus meiner Sicht ein Anschlag auf demokratische Rechte.

Dass aufgrund des möglichen Missbrauchs Maßnahmen gesetzt werden müssen, ist auch klar, die aus meiner Sicht wie folgt aussehen sollten:

- bestehende Angebote politischer Informationen für Menschen mit geistiger Behinderung massiv verstärken und ausbauen! (beispielsweise Besuche des Landhauses bzw. Landtages, Rathauses bzw. Gemeinderates und die Aufbereitung und Auseinandersetzung von politischen Inhalten)

die Stadt ist auch gefordert, die Selbstvertretungsinitiativen zu stärken.

die Partei- und vor allem Wahlprogramme sollen in „leichter lesenen Ausgaben“ verständlicher gemacht werden und somit eine niedrige Schwelle liefern, sich mit den Programmen zu.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Das Sozialamt der Stadt Graz wird ersucht, die im Motivenbericht beschriebenen Maßnahmen zur demokratischen Stärkung von Menschen mit geistiger Behinderung zu prüfen und eine Umsetzung zu veranlassen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Kostenlose Selbstanlieferung von Grünschnitt auch im Herbst

GR. **Koroschetz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Koroschetz**: Auch ich stelle den Antrag im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs, der Grazer Gemeinderat möge beschließen, neben der bestehenden jährlichen kostenlosen Grünschnitanlieferungsaktion im Frühjahr auch eine solche im Herbst der Grazer Bevölkerung an den bekannten drei Sammelstellen zu ermöglichen (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Nicht nur im Frühjahr sondern auch im Herbst fällt durch die Gartenarbeit viel Grünschnitt an. Um ein Verbrennen dieses Grünschnitts zu vermeiden und die stark strapazierte Luft von Graz zu entlasten, wurde in den vergangenen Jahren den Grazerinnen und Grazern eine kostenlose Selbstanlieferung des Grünschnitts ermöglicht.

Drei Sammelstellen wurden dazu eingerichtet und wird dieses Angebot von der Bevölkerung sehr gut in Anspruch genommen.

Daher ist es sinnvoll, dieses Service den Grazer Bürgerinnen und Bürgern auch im Herbst 2 bis 4 Wochen zu ermöglichen, z.B. im Zeitraum von 1. bis 31. Oktober.

Daher stellen wir namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen, neben der bestehenden jährlichen kostenlosen Grünschnitanlieferungsaktion im Frühjahr auch eine solche im Herbst der Grazer Bevölkerung an den bekannten 3 Sammelstellen - Sturzgasse 16 (AEVG),

Neufeldweg 219 (ehemalige Mülldeponie Köglerweg) und Wasserwerksgasse 5 (Fa. Ehgartner) - zu ermöglichen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Verkehrsberuhigung am Messendorfberg zum Schutz des Naherholungsgebietes

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es geht um meinen lieben Bezirk St. Peter und das wunderschöne Naherholungsgebiet der Messendorfberg, wo zunehmendes Verkehrsaufkommen die Lebensqualität der Anrainer und der Erholungssuchenden, Jogger, Spaziergänger beeinträchtigt. Deshalb mein Antrag: Die zuständige Stadtsenatsreferentin wird ersucht, durch entsprechende Maßnahmen möglichst rasch dafür zu sorgen, dass der Messendorfberg wieder ein verkehrberuhigtes Naherholungsgebiet wird und man Giovannis Garden, den Urwald und den herrlichen Blick auf die Stadt wieder ungetrübt genießen kann. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Messendorfberg ist mit seinem "Urwald", dem einzigartigen Rosengarten und wunderbaren Aussichtspunkten ein beliebter Naherholungsort. Leider wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit - Tempo 30 - von Kraftfahrern kaum eingehalten und das Fahrverbot am Wochenende wurde aufgelassen. SpaziergängerInnen, Nordic Walker, JoggerInnen und Familien, die mit ihren Kindern Erholung suchen wünschen

sich ebenso wie zahlreiche Anrainer verkehrsberuhigende Maßnahmen, damit Jung und Alt den Messendorfberg wieder genießen und Energie tanken können. Eine aktuelle Unterschriftenaktion der Frauenbewegung unterstreicht das dringende Anliegen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stadtsenatsreferentin wird ersucht, durch entsprechende Maßnahmen möglichst rasch dafür zu sorgen, dass der Messendorfberg wieder ein verkehrsberuhigtes Naherholungsgebiet wird.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Aufstellung von Mülleimern und deren regelmäßige Entleerung sowie Sanktionen für GrundstückseigentümerInnen bei nicht sauberer Halten des zugehörigen Gehsteiges

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**:

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Damen und Herren! Es ist in etwa der vierte Antrag, den ich in diesem Gemeinderat in die Richtung stelle und zwar, dass genügend Mülleimer in Graz aufgestellt werden. Unsere Stadt wird außerhalb des Höchstfrequenzbereiches von Touristen zunehmend schmutzig, wir wissen das alle und es müssen Maßnahmen gesetzt werden und ich

stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen,

1. dass im gesamten Bereich von Graz, der von Passanten frequentiert wird, mehr Mülleimer aufgestellt werden, die in regelmäßigeren Intervallen entleert werden,
2. die Einführung von Sanktionen für Grundstückseigentümer, die ihre Gehsteige nicht sauber halten und in diesem Zusammenhang die Einführung von Kontrollen, wobei im Motivenbericht eben steht, diese Kontrollen könnten durchaus auch von den ParkraumwächterInnen in Anbetracht dessen, dass ja die Grünen und Blauen Zonen ausgedehnt werden, mit durchgeführt werden (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich gebe Ihnen vollkommen Recht, mir gibt es auch viel zu wenig Kübeln in der Stadt und das mit den Gehsteigen habe ich schon angesprochen. Ich habe nur eine Anmerkung zu machen, die vielleicht für uns alle nicht uninteressant ist. Die Tagesanwesenden von Graz habe ich jetzt neulich vernommen, also es gibt quasi eine Zahl, wie viele Menschen sind täglich in unserer Stadt anwesend, die hat mich dann doch ein wenig überrascht. Es sind 420.000 Personen für die wir die Infrastrukturen, Reinigungen und alles vornehmen müssen. Das heißt, es sind in Graz täglich 420.000 Menschen unterwegs. Wir kriegen Geld für 259.000 und das ist eine wichtige Botschaft, weil man das auch bei den Verhandlungen mit dem Gemeindebund einmal wieder erzählen muss. Es macht eben einen Unterschied, ob du eine Kernstadtaufgabe hast oder nicht, aber ihr Antrag wird geschäftsordnungsgemäß erledigt (*Applaus ÖVP*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Oft wurden in diesem Gemeinderat Anträge und Anfragen - von mir beispielsweise am 23.4.2009 - eingebracht, dass eine Notwendigkeit der Intensivierung der Aufstellung von Mülleimern, deren regelmäßigere Entsorgung, sowie eine Verbesserung der Gehsteigreinigung gegeben ist.

Graz ist trotz all dem noch immer schmutzig und verschmutzt zunehmend.

Verstärkt Mülleimer sind zwar in den Bereichen aufgestellt, die von TouristInnen frequentiert werden, wie beispielsweise dem Hauptplatz oder der Herrengasse. Außerhalb von diesen Bereichen schaut es aber schlecht aus mit der Sauberkeit in unserer Stadt.

Bei einem längeren Spaziergang beispielsweise vom Floßendplatz in die Griesgasse tritt man als FußgängerIn ständig auf Kaugummireste, Zigarettenstummel, Papier, Hundstrümmerl usw.

Würden mehr Mülleimer in regelmäßigen Abständen aufgestellt werden, die dann auch in intensiveren Intervallen entleert werden, würden sich solche Probleme nicht ergeben, da der Müll dann zum großen Teil dort entsorgt wird, wohin er auch entsorgt gehört.

Ebenfalls notwendig für eine saubere Stadt ist es, verstärkte Sanktionen für Grundstückseigentümer einzuführen, die ihren Gehsteig nicht rein halten. Die erforderlichen Kontrollen könnte beispielsweise von den ParkraumwächterInnen – welche bedingt durch die blaue Zone und die erweiterten grünen Zonen - ohnehin schon in fast allen Grazer Bezirken tätig sind, durchgeführt werden.

Ich stelle daher namens der SP Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen,

1. dass im gesamten Bereich von Graz, der von Passanten frequentiert wird, mehr Mülleimer aufgestellt werden, die in regelmäßigeren Intervallen entleert werden.
2. die Einführung von Sanktionen für Grundstückseigentümer, die ihre Gehsteige nicht sauber halten und in diesem Zusammenhang die Einführung von Kontrollen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner, sie ist jetzt nicht da, dann ist ihr Antrag schriftlich eingebracht. Es geht wiederum um das Wohnungsamt und die Heizmöglichkeit.

6) Gemeindewohnungen ohne Heizmöglichkeit

Motivenbericht nur schriftlich :

Die Grazer Grünen haben erfahren, dass in Graz Gemeindewohnungen ohne jegliche Heizmöglichkeit an sozial benachteiligte Menschen zugewiesen wurden. Laut einer als Sachwalterin tätigen Sozialarbeiterin gibt es einige solche Fälle.

Mit der Zuweisung solcher Wohnungen treibt man sozial benachteiligte Menschen in eine Kostenfalle. Die betroffenen Personen stellen sich mangels anderer Heizmöglichkeiten einen Radiator in die Wohnung und heizen mit Strom, was

unweigerlich dazu führt, dass sie in ein paar Monaten mit horrenden Stromrechnungen konfrontiert sind.

In die Sozialberatung der Grünen kommen immer wieder Menschen, denen der Strom abgestellt wird, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen (können). Durch die Vergabe von Gemeindewohnungen ohne Heizmöglichkeit wird ein soziales Problem nicht gelöst, sondern längerfristig noch verschärft.

In letzter Zeit werden vermehrt sozialschwache Personen aus Gemeindewohnungen an das Umweltamt, den Grünen Klub bzw. das politische Büro der Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker verwiesen, um sich den Einbau einer Heizung fördern zu lassen. Die Information, dass es eine Förderung für den Einbau einer Heizung gibt, ist unvollständig und daher falsch. Laut der „Förderrichtlinie zur Heizungsumstellung auf Fernwärme“ können nur Anlagen gefördert werden, wenn mindestens 80% der Wohnungen eines Hauses oder eines Wohnblocks mit mindestens 5 Wohnungen gemeinsam an die Fernwärme angeschlossen werden. Dann wird die Errichtung der Hauszentrale zu 100%, maximal jedoch mit € 1000,- / Wohneinheit gefördert. Diese Förderung ist unabhängig vom Einkommen der BewohnerIn.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Das Wohnungsamt der Stadt Graz wird beauftragt, unter Einbindung des Umweltamts der Stadt Graz ein Konzept zu erarbeiten, wie in Zukunft sichergestellt werden kann, dass alle Gemeindewohnungen der Stadt Graz über eine Heizmöglichkeit – vorzugsweise auf Basis Fernwärme – verfügen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) VS-Baiernstraße: Maßnahmen zum Schutz der Fußgänger

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Es geht um die Sicherheit der Kinder der Volksschule Bayernstraße. Durch die Ausweitung der Grünen Zonen hat der Individualverkehr stark zugenommen, die Bauarbeiten zur Vergrößerung des Gebäudes sind geplant. Der Zustrom der Kinder wird größer werden, die Eltern fürchten um die Sicherheit der Kinder, es fehlt an Gehsteigen, Schutzwegen und Geschwindigkeitskontrollen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Volksschule Bayernstraße steht vor einem sehr begrüßenswerten Schulausbau. Der Zustrom an Schülerinnen und Schülern ist erfreulich.

Anders sieht es mit der Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg aus. Diese erscheint gefährdet, da nicht zuletzt durch die Ausweitung der grünen Zone der Individualverkehr stark zugenommen hat. Durchgehende Gehwege fehlen (zum Beispiel in der Johann Haidenstraße und der Handelsstraße), zusätzlich halten sich viele Autos nicht an die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Auch zusätzliche Schutzwege wären dringend notwendig.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die entsprechenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, im Umfeld der VS Baiernstraße rasch notwendige Maßnahmen zum Schutze der Fußgänger (durchgehende Gehsteige, zusätzliche Schutzwege, Geschwindigkeitskontrollen) durchzuführen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Keine Erhöhung der Kurzparktarife in den Blauen Zonen

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon darüber einiges gehört. Es geht um die Kurzparkzonentarife. Der Antrag lautet: Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt die in der Öffentlichkeit diskutierte Anhebung der Kurzparkzonentarife in den Blauen Zonen ab. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Diskussion um eine Erhöhung der Kurzparktarife in den Blauen Zonen trifft die Bevölkerung in den Innenstadtbezirken besonders stark. Anscheinend übersieht man am „Grünen Tisch“, dass mit dem Belastungspaket der Bundesregierung auch eine deutliche Verteuerung des Pkw-Verkehrs unmittelbar bevorsteht.

Es ist weder sinnvoll noch der Bevölkerung zumutbar, diese Belastung auf Ebene der Stadt noch zu vergrößern.

Deshalb stelle ich im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt die in der Öffentlichkeit diskutierte Anhebung der Kurzparkzonentarife in den Blauen Zonen ab.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Gefährliche Situation für Fußgängerinnen in der Ulmgasse

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Bergmann**: Die Ulmgasse wurde vor kurzem saniert und es wurde mit Pflöcken ein Fußgängerbereich abgesteckt. Diese Straße wird durchaus auch von Lkws frequentiert, jedoch der Fußgängerbereich wurde mit grobem Schotter ausgestattet, sodass die Kritik gekommen ist, dass gerade Mütter mit Kinderwägen und ältere Menschen hier kaum auf diesen Gehweg gehen können und jetzt erst recht auf der Straße gehen und die Situation dort äußerst gefährlich ist. Daher stelle ich den Antrag: Der Fußgängerbereich in der Ulmgasse soll so gestaltet werden, dass er im Interesse der Verkehrssicherheit von Fußgängern, insbesondere Eltern mit Kinderwägen, benützt werden kann. Danke (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Eine gefährliche Situation für FußgängerInnen ergibt sich in der Ulmgasse. In der sehr schmalen, auch von LKWs stark befahrenen, Straße wurde ein von der Fahrbahn mit Begrenzungspfählen getrennter Fußgängerstreifen geschaffen. Der Fußgängerbereich wurde nur mit grobem Schotter befestigt. Seitens des Straßenamtes begründet man diese Entscheidung damit, dass eine gewisse Sickerfähigkeit gegeben sein müsse.

Nicht berücksichtigt hat man dabei allerdings, dass der Gehweg in dieser Form von Kinderwägen nicht befahren werden kann, was zur Folge hat, dass Eltern mit ihren Kinderwägen sowie andere Fußgänger regelmäßig auf die Straße ausweichen. Damit sind sie auf der jetzt noch schmälere Straße unmittelbar der Gefahr durch fahrende Fahrzeuge ausgesetzt.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Fußgängerbereich in der Ulmgasse soll so gestaltet werden, dass er im Interesse der Verkehrssicherheit von Fußgängern, insbesondere Eltern mit Kinderwägen, benützt werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Verkehrsspiegel in der Weixelbaumstraße

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht um die Weixelbaumstraße. Ich stelle folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, zur Hebung der Verkehrssicherheit die Aufstellung eines Verkehrsspiegels prüfen zu lassen und bei positivem Ergebnis eine Aufstellung alsbald durchzuführen (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Weixelbaumstraße stellt – fährt man in Richtung Wienerstraße talwärts - eine permanente Gefahrenquelle dar. Dies resultiert aus dem Umstand, dass an geeigneter Stelle auf der rechten Seite ein Verkehrsspiegel fehlt, der – bei Vorhandensein - die Verkehrssicherheit enorm heben und die Gefahrenquelle entschärfen würde. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, zur Hebung der Verkehrssicherheit die Aufstellung eines Verkehrsspiegels prüfen zu lassen und bei positivem Ergebnis eine Aufstellung alsbald durchzuführen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Reptilienfachmann Stangl; Räumlichkeiten durch die Stadt

GRin. **Benedik** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei meinem Antrag geht es um den Reptilienfachmann und Sachverständigen Werner Stangl, der Räumlichkeiten durch die Stadt anmieten möchte. Ganz kurz, wenn Schlangen oder andere Reptilien ihren Besitzern abgenommen werden müssen oder von diesen einfach ausgesetzt werden, wird Herr Stangl von Polizei und Feuerwehr etc. zu Rate gezogen, um tierische Exoten artgerecht verwahren beziehungsweise versorgen zu können. Dazu fehlen ihm mittlerweile aber die passenden Räumlichkeiten. Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs nachstehenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen: Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu beauftragen, geeignete Objekte – eventuell aus dem Kreis der aufgelassenen Bezirksämter – zu evaluieren und diese Herrn Stangl zur Miete anzubieten. Zudem werden die zuständigen Stellen beauftragt, finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Herrn Stangl zu prüfen. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Diverse Medienberichte und darin enthaltene Statistiken zeigen auf, dass eine steigende Anzahl an Personen in unserer Stadt exotische Reptilien als Haustiere hält. In der Vergangenheit wurden diese offiziell importiert. In den Folgejahren stieg dann die Zahl der illegalen Importe dramatisch an und mittlerweile werden zahlreiche Tiere in Österreich bereits nachgezüchtet und auf heimischen Reptilienbörsen legal verkauft.

Daraus ergibt sich aber leider auch, dass nicht nur befähigte Personen mit Haustieren dieser Art leben, sondern auch eine im Wachsen befindliche Gruppe an unbedarften Personen Schlangen und andere Reptilien hält. Es verwundert daher nur wenig, dass

es hierbei auch wiederholt zu Komplikationen kommt, wobei die Haustiere ihren Besitzern entweder abgenommen werden müssen, oder von diesen einfach ausgesetzt werden. In solchen Fällen wird in unserer Stadt zunehmend der Reptilienfachmann und Sachverständige Werner Stangl konsultiert. Herr Stangl wird von der Polizei und der Feuerwehr zu Rate gezogen, wenn es darum geht, die tierischen Exoten artgerecht zu verwahren und vor allem zu versorgen.

Hierbei benötigt Herr Stangl nun Unterstützung seitens der Stadt Graz. Da der Reptilienexperte bereits über Finanzierungszusagen diverser Tierschutzverbände verfügt, geht es vordergründig darum, ihm ein geeignetes Objekt der Stadt Graz zur Miete anzubieten.

Ich stelle daher namens des FPÖ- Gemeinderatsklubs nachstehenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu beauftragen, geeignete Objekte – eventuell aus dem Kreis der aufgelassenen Bezirksämter – zu evaluieren und diese Herrn Stangl zur Miete anzubieten.

Zudem werden die zuständigen Stellen beauftragt, finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Herrn Stangl zu prüfen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Erlass der Kommunalsteuer für Unternehmer bei Anstellung des ersten Mitarbeiters

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich verlese nur den Antragstext: Der Gemeinderat wolle beschließen: Um Unternehmen, die bei Neugründung beziehungsweise innerhalb der ersten drei Jahre nach Neugründung den ersten Mitarbeiter einstellen, die Kommunalsteuer für die Dauer von zwölf Monaten erlassen zu können, werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Initiative zu erarbeiten und zu prüfen sowie dem Gemeinderat alsbald hierüber Bericht zu erstatten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, Sie werden natürlich auch eine geschäftsordnungsgemäße Antwort bekommen, lassen sie mich aber sehr deutlich ausführen, dass der Verzicht auf eine Steuer nicht möglich ist, deswegen gibt es von unserer Seite auch immer wieder Jungunternehmerförderungen etc., wo man das machen kann, aber ich wünsche niemanden im Finanzausgleich was er erfahren würde vom Finanzminister oder vom Finanzministerium, wenn er wieder erhöhte Abgaben und Zuwendungen der Stadt will, wenn er nachweislich Kommunalsteuern erlässt. Das heißt, eine Unternehmerförderung ja, aber Verzicht auf Steuern auch aufgrund des Gleichheitsprinzips aus meiner Sicht undenkbar. Vielleicht das nur schnell einmal zur Antwort.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die attraktive Gestaltung des Wirtschaftsstandortes Graz gehört wohl zu den Hauptaufgaben kommunaler Wirtschaftspolitik.

In diesem Zusammenhang liegt das Hauptaugenmerk auch auf der Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze. Aus diesem Grund stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Um Unternehmen, die bei Neugründung bzw. innerhalb der ersten drei Jahre nach Neugründung den ersten Mitarbeiter einstellen, die Kommunalsteuer für die Dauer von zwölf Monaten erlassen zu können, werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Initiative zu erarbeiten und zu prüfen sowie dem Gemeinderat alsbald hierüber Bericht zu erstatten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Vorbeugende Maßnahmen gegen Feinstaub im Straßenverkehr

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zu dem Thema vorbeugende Maßnahmen gegen Feinstaub im Straßenverkehr. Die Stadt Lienz in Osttirol macht es uns vor, sie hat eine ähnliche geographische Kessellage und dort ist es gelungen durch solide Straßenreinigung beziehungsweise -wäsche große Erfolge gegen die

Feinstaubbelastung zu erzielen. Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Bürgermeisterstellvertreterin der Stadt Graz, Frau Lisa Rücker, wird als das für das Umweltamt und das Straßenamt sowie für die Wirtschaftsbetriebe zuständige Mitglied in der Grazer Stadtregierung aufgefordert im Sinne präventiver Maßnahmen gegen den Feinstaub im Straßenverkehr Veranlassungen zu treffen, um bei günstigen, milden und trockenen Wetterlagen im kommenden Herbst und Winter Straßen, Gassen, Plätze und Wege in Graz gründlich durch Kehren und Waschen respektive unter Verwendung staubbindender Wirkstoffe zu reinigen. Ich denke, es wäre Zeit diesen Weg einzuschlagen. Danke.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Autos sind bereits aufgrund der bestehenden gesetzlichen Verpflichtung auf Winterreifen umgerüstet. Daraus resultiert Sicherheit bei kalten Temperaturen. Doch der Gummiabrieb bei der Verwendung von Winterreifen ist bekanntlich deutlich größer als jener bei Sommerbereifung.

Das Wetter mit milden vorherrschenden Herbsttagen könnte seitens der Stadt Graz – wie dies in anderen Kommunen nachweislich bereits zum Erfolg geführt hat - bestmöglich genützt werden, um präventiv Maßnahmen in Form einer verstärkten Straßenreinigung insb. durch gründliches Kehren oder Waschen gegen die aufkommende Feinstaubentwicklung im Winter zu leisten.

Die Stadt Lienz in Osttirol weist eine ähnliche geographische Kessellage wie Graz auf. Dort wurde bereits bewiesen, dass bei einer soliden Straßenreinigung resp. Wäsche, siehe <http://tirol.orf.at/stories/322732/>, große Erfolge gegen die Feinstaubbelastung zu erzielen sind.

In diesem Zusammenhang stellt GR Mag. Gerhard Mariacher nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die Bürgermeister-Stv. der Stadt Graz, Frau Lisa Rücker, wird als das für das für das Umweltamt und das Straßenamt sowie für die Wirtschaftsbetriebe zuständige Mitglied in der Grazer Stadtregierung aufgefordert im Sinne präventiver Maßnahmen gegen den Feinstaub im Straßenverkehr Veranlassungen zu treffen, um bei günstigen, milden und trockenen Wetterlagen im kommenden Herbst und Winter Straßen, Gassen, Plätze und Wege in Graz gründlich durch Kehren und Waschen resp. unter Verwendung staubbindender Wirkstoffe zu reinigen.“

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 21.35 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stvin. Lisa Rücker

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb